

VOLKSBLATT | SPLITTER

Rockgitarrist Lawrence erhängt aufgefunden

LONDON - Der Gitarrist der britischen Newcomer-Rockband «Hope of the States», James Lawrence, hat offenbar Selbstmord begangen. Bandmitglieder fanden den 26-Jährigen nach Polizeiangaben am Donnerstag erhängt in einem Aufnahmestudio in Westengland. Es gebe keinen Verdacht auf Fremdverschulden. Die Mitglieder von «Hope of the States», die kürzlich einen ersten Erfolg mit «Enemies/Friends» feierten, arbeiteten in den Real World Studios von Ex-Genesis-Sänger Peter Gabriel an ihrem Debütalbum, das im Frühjahr erscheinen sollte.

Exfreund Wesley Snipes soll sie geschlagen haben

HAMBURG - Hollywoodstar Halle Berry (Bild) stellt nach zwei gescheiterten Ehen fest: «Meine Beziehungen waren bisher leider alle zum Kotzen.» So zitierte die Zeitschrift «TV Movie» die 35-jährige Oscar-Gewinnerin. «Mir fällt es offenbar schwer, den Richtigen zu finden», meinte Berry. Ihr Exfreund Christopher Williams hat jetzt laut Onlinedienst «eurweb» enthüllt, dass er zu Unrecht als derjenige gelte, der den Gehörschaden von Halle Berry mit Schlägen verursacht hätte. Vielmehr habe Actionstar Wesley Snipes daran schuld. Anfang Oktober 2003 hatte sie die Trennung von Eric Benet nach zweijähriger Ehe bekannt gegeben.



Kelly Osbourne zickt weiter gegen Christina Aguilera

HAMBURG - Popsängerin Kelly Osbourne zieht erneut über ihre Kollegin Christina Aguilera her: «Ich halte sie für eine Idiotin», sagte die 18-jährige Tochter von Heavy-Metal-Legende Ozzy Osbourne. «Sie ist einfach viel zu eingebildet. Sie steht da, kaut Kaugummi, spielt die Diva und schreit irgendwelche Leute an.» Dass sie bei ihrer Deutschland-Tournee in der Arena «Auf-Schalke» dem gnadenlos pfeifenden Publikum ein «Fuck you» zugerufen habe, bestreitet Kelly Osbourne: «Das kann nicht sein. Und wenn doch, dann war es eher an meine Band gerichtet. Vor der Show hat mein Gitarrist Blödsinn gemacht und sich so verletzt, dass er nicht durchspielen konnte. Deswegen war ich sauer.»

Beeindruckende Reformen

EU-Kommissionspräsident Romano Prodi auf Besuch in der Türkei

ANKARA - Romano Prodi hat der Türkei «beeindruckende» Fortschritte auf dem Weg in die EU bescheinigt. Zugleich betonte er gestern in Ankara, die verabschiedeten Reformen müssten nun auch umgesetzt werden.



Prodi (links) ist der erste Kommissionspräsident, der die Türkei besucht. Dem EU-Kandidaten Türkei stellte er eine «faire und objektive» Beurteilung der Kommission in ihrem nächsten Fortschrittsbericht in Aussicht.

«Das Land ist der EU jetzt näher», sagte Prodi nach Gesprächen mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Seine «wichtigste Botschaft» an die Türkei laute, den Weg der Reformen weiter zu gehen. Prodi wird bei seinem zweitägigen Besuch von Erweiterungskommissar Günter Verheugen begleitet.

Er ist der erste Kommissionspräsident, der die Türkei besucht. Dem EU-Kandidaten Türkei stellte er eine «faire und objektive» Beurteilung der Kommission in ihrem nächsten Fortschrittsbericht in Aussicht. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen Ende Jahr entscheiden, ob und wann Beitrittsverhandlungen mit Ankara aufgenommen werden.

Die Türkei ist seit 1963 durch ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union verbunden. Prodi forderte Ankara zu einer Lösung des Zypern-Konflikts vor dem 1. Mai auf. «Dies ist keine Vorbedingung, aber eine klare Hilfe bei

dem Ziel, die Türkei und die EU einander näher zu bringen.» Die EU hoffe, dass die Türkei all ihren Einfluss nutzen werde, um in Zusammenarbeit mit den politischen Kräften auf der Insel zu einer Lösung zu kommen. Das seit 30 Jahren zwischen Griechen und Türken geteilte Zypern wird im Mai EU-

Mitglied, selbst wenn die Teilung dann noch fortbestehen sollte. Der türkische Regierungschef Erdogan betonte, dass die Türkei eine «gerechte und dauerhafte Lösung» des Zypernkonflikts anstrebe.

Während seines Besuches werde Prodi zudem festzustellen, dass sich Regierung, Opposition, Parla-

ment und Bevölkerung der Türkei bei dem Bestreben nach einem EU-Beitritt einig seien. Prodi, der am Abend das Parlament in Ankara besuchte, wollte zum Abschluss seines Türkei-Aufenthaltes an diesem Freitag auch mit Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer zusammenkommen.

Israel sperrt Grenze zum Gazastreifen

Tausende palästinensische Arbeiter betroffen

GAZA - Israel hat am Donnerstag die Grenze zum Gazastreifen für einen Tag geschlossen und damit auf den Selbstmordanschlag vom Tag zuvor reagiert. Dabei hatte eine 22-jährige Palästinenserin am Grenzübergang Eres vier Israelis mit in den Tod gerissen.



Kein Durchkommen. Geschlossen war auch das Industriegebiet Eres, wo 6000 Palästinenser arbeiten.

Es war der erste Selbstmordanschlag im Nahen Osten seit fast drei Wochen. Zu der Tat bekannten sich in einer gemeinsamen Erklärung die Hamas und die Al-Aksa-Märtyrerbrigaden. Betroffen von der Grenzschließung waren tausende palästinensische Arbeiter, die nicht an ihre Arbeitsplätze in Israel konnten.

Geschlossen war auch das In-

dustriegebiet Eres, wo 6000 Palästinenser arbeiten. Derzeit haben rund 15 000 Palästinenser eine Arbeitserlaubnis für Israel, zudem dürfen rund 4000 Händler einreisen. Vor Beginn der jüngsten Welle der Gewalt im Jahr 2000 arbeiteten rund 100 000 Palästinenser aus dem Gazastreifen in Israel. Sie waren die Hauptquelle der Einkünfte im Gazastreifen.

Derzeit liegt die Arbeitslosigkeit in dem Gebiet bei über 50 Prozent. Der Leichnam der Attentäterin, die Mutter zweier Kinder im Alter von 18 Monaten und drei Jahren war, wurde unterdessen entgegen den sonstigen Gepflogenheiten von Israel den Palästinensern übergeben. Gründe wurden nicht genannt.

ANZEIGE

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GELDLEHNER

Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur
bei uns ist alles im Preis inbegriffen

Jetzt das
VOLKSBLATT
abonnieren!
13 Monate für
CHF 209.- inkl.
VOLKSCARD
Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

Freispruch gefordert

Urteil am 22. Januar erwartet

HAMBURG - Die Verteidigung im zweiten Hamburger Terrorprozess hat Freispruch für den angeklagten Marokkaner Abdelghani Mzoudi gefordert.

Dieser habe von der Planung der Anschläge vom 11. September 2001 nichts gewusst und sei nicht in die Vorbereitungen der Hamburger Terrorzelle um den Todespiloten Mohammed Atta eingebunden gewesen, sagte Verteidigerin Gül Pinar am Donnerstag in ihrem Schlussplädoyer vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht. Vor einer Woche hatte die Bundesanwaltschaft die Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis für den 31-Jährigen gefordert. Sie wirft ihm Beihilfe

zum Mord in mehr als 3000 Fällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor. Das Gericht hatte den Haftbefehl für Mzoudi am 11. Dezember überraschend aufgehoben, weil es eine über das Bundeskriminalamt übermittelte anonyme Zeugenaussage als entlastend wertete und keinen dringenden Tatverdacht mehr sah. Bei dem Zeugen, der Mzoudi nicht zur Hamburger Terrorzelle zählte, handelte es sich nach Überzeugung des Gerichts um den als Drahtzieher der Anschläge geltenden Ramzi Binalshibh. Dessen Vernehmung hatten die USA zuvor monatelang verhindert. «Abdelghani Mzoudi gehörte zu den Studenten um Mohammed Atta.

Wahlen gefordert

Iraker wollen eigene Regierung

BAGDAD - Zehntausende Demonstranten haben am Donnerstag im südirakischen Basra die direkte Wahl einer souveränen Regierung innerhalb von Monaten gefordert.

Die Demonstranten unterstützten damit die Forderung des im Land einflussreichen schiitischen Geistlichen Ajatollah Ali el Sistani, der den US-Plan für eine Machtübergabe im Irak ablehnt. Dem US-Plan zufolge sollen bis Ende Juni regional nach Gruppen ausgewählte Vertreter eine Übergangsregierung bestimmen. US-Regierungsvertreter und die Mehrheit des von den USA eingesetzten irakischen Regierungsrates halten eine Wahl

im Irak vor 2005 für unmöglich. Sie haben wiederholt versucht, Sistani von ihrem Plan einer Machtübertragung zu überzeugen.



Iraker unterstützen die Forderung nach einer eigenen Regierung.